

Die Russisch-Orthodoxe Kirche in der Gegenwart

Bei den Feiern zum tausendjährigen Bestehen der christlichen Kirche in der Kiewer Rus im Jahre 1988 stellte Michael Gorbatschow die Religionsfreiheit in der Sowjetunion wieder her – in einem Staat, der mit seinem kommunistischen Staats- und Gesellschaftsmodell den Atheismus auf seine Fahnen geschrieben hatte. Jahrzehnte hindurch wurden Klerus und Gläubige verfolgt und unterdrückt. Wie in anderen postkommunistischen Gesellschaften so erlebten die christlichen Kirchen auch in Russland eine Renaissance.

In ihrer Sozialethik von 2000 definiert sich die von der sowjetischen Bevormundung befreite Russisch Orthodoxe Kirche nach der Funktion als „Hilfsorgan“ des christlichen Zaren - Peter I hatte den aus eigenem Recht bestehenden Patriarchen durch eine von der Krone abhängige Heilige Synode abgelöst - und nach dem Martyrium unter dem atheistischen kommunistischen System von 1917 bis 1991 nun als geistige und religiöse Kraft zur Erneuerung der russischen Kultur und Werteordnung in einem „säkularen“ Staat, dem die Kirche auf Augenhöhe und, wenn es notwendig ist, auch kritisch gegenüberstehen muss. Mit dem Dokument „Grundlagen der Lehre der Russischen Orthodoxen Kirche über die Würde, der Freiheit und die Menschenrechte“ aus dem Jahre 2008 bezieht die Kirche Stellung gegenüber der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen“ von 1948. Die Kirche sieht sich in einem Denk- und Konsultationsprozess, der auch zu neuen Erkenntnissen führen kann. Die Errichtung eigener Universitäten in Moskau und Wolgograd gab und gibt Anlass zur Hoffnung auf die geistige Emanzipation vom Staat, dem unverzichtbaren, aber nicht übergeordneten Partner in der Symphonie zwischen Staat und Kirche.

Vor diesem Hintergrund ist die öffentliche Kritik des Patriarchen Kirill an den staatlichen Führungspersonen Wladimir Putin und Dmitri Medwedjew verständlich, mit der er in seiner Weihnachtsansprache vom 7. Januar 2012 – dem Tag des orthodoxen Weihnachtsfestes - die Manipulation der Duma-Wahlen vom Dezember 2011 und den Ämter-Schacher zwischen Putin und Medwedjew – zwischen den Ämtern des Präsidenten und des Ministerpräsidenten - als unvereinbar mit dem Vertrauen und der

Zusammenarbeit hinstellt, die auch zwischen der politischen Führung und den Bürgern bestehen muss, um revolutionären Entwicklungen wirksam vorbeugen zu können. Priester und Prälaten benutzten in jenen Monaten noch deutlichere Worte.

Was als Hoffnungszeichen für eine offene Entwicklung zwischen Kirche und Staat erschien und zivilgesellschaftlichen wie auch demokratischen Entwicklungen den Weg zu ebnen schien, stellte sich als ein einmaliges Ereignis dar. Der Kreml kehrte zu einer autoritären und nationalistischen Politik zurück, die mit dem Feindbild der USA und der westlichen moralisch verkommenen Gesellschaft begründet wurde und im Innern des eigenen Landes zu neuer Unterdrückung mit nationalistischen Vorzeichen führte. Völkerrechtswidrige Übergriffe wie die gewaltsame Annexion der Krim – wurden zur „Normalität“ der russischen Innen- und Außenpolitik. Diesem Kurswechsel hat sich die Russisch-Orthodoxe Kirche angeschlossen und wird heute von Beobachtern wieder als ein willfähriges Machtinstrument des Staates zur Kontrolle der Bürger angesehen. Die neue Harmonie zwischen den beiden Gewalten wird von den Vorstellungen der „Russischen Welt“ („russki mir“), der Einmaligkeit der russischen Zivilisation einschließlich der historisch gewachsenen Rolle der Russisch-Orthodoxen Kirche in der vom Kreml angestrebten Eurasischen Union geprägt. Der Vertrauensverlust bei den „Nachdenklichen“ im Lande und in der christlichen Welt außerhalb Russlands ist unvermeidbar.

Die Emanzipation vom autoritären Staat und die Wiedergeburt der selbständigen, vom säkularen Staat unabhängigen, mit ihm kooperations-, aber auch kritik-fähigen Russisch-Orthodoxen Kirche stellt im Interesse der Kirche und der Gläubigen das Gebot der Stunde dar.

Berlin, 19. Juli 2015